

CALL FOR PAPERS *POLITICA.EU* 2025

Institutionelle Grundlagen und rechtliche Natur der Europäischen Union: Überlegungen und Perspektiven

In einer Rede, die er am 12. September 2012 hielt, erklärte José Barroso vor dem Europäischen Parlament, dass die Antwort auf die bedeutenden wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen, die der Kontinent durchlebe, nur durch einen neuen «entscheidenden Pakt für Europa» erfolgen könne, der es der Union ermöglichen würde, sich mit ihren *Prinzipien* und ihrem *Wohlstand* in die Zukunft einer globalisierten Welt zu projizieren.

Wie indirekt aus den Worten des ehemaligen Präsidenten der Europäischen Kommission hervorgeht, hat der europäische Integrationsprozess in nur 60 Jahren seit seinem Beginn die Union in die Lage versetzt, eine institutionelle Architektur zu schaffen, die dynamisch auf die Schwierigkeiten reagiert, denen sie begegnet. Dieser Integrationsprozess ist ständig im Wandel, was Juristen, Historikern und Politikwissenschaftlern Anlass gibt, sich mit seinen Grundlagen und seiner rechtlich-institutionellen Natur auseinanderzusetzen. Dies umso mehr, als – streng genommen – die Gründungsverträge der Union diese nicht ausdrücklich als «internationale Organisation» qualifizieren, während der Europäische Gerichtshof sie so qualifiziert.

Dies führt einen Teil der Wissenschaftler zu der Frage, ob der europäische Integrationsprozess und die Union selbst nicht so sehr nach dem Modell einer «klassischen» internationalen Organisation gelesen werden sollten, sondern vielmehr nach Modellen, die zumindest teilweise auf Logiken des mehrstufigen Verfassungsrechts, wie sie in föderalen Staaten typisch sind, zurückzuführen sind.

Ein grundlegender Aspekt, auf den sich die Befürworter dieser Theorien stützen, ist die Rolle und Funktion des Gerichtshofs der Union, der durch seine Urteile (bereits seit den 1960er Jahren) den Vorrang und die unmittelbare Wirkung des Gemeinschaftsrechts gegenüber nationalem Recht festgestellt hat.

Die ersten beiden Jahrzehnte des 21. Jahrhunderts waren zweifellos traumatisch für die Union. Es begann mit dem Scheitern des Versuchs, (durch Frankreich und die Niederlande) den Vertrag zu ratifizieren, der *eine Verfassung für Europa* verabschiedet, und setzte sich fort mit den schwierigen Ereignissen, die die Ratifizierung des Vertrags von Lissabon begleiteten; es folgten die Wirtschaftskrise, die den gesamten Kontinent betraf (insbesondere Griechenland), der Brexit, die Pandemiekrise und schließlich die russische

Aggression gegen die Ukraine sowie die Notwendigkeit, dringend über eine europäische Verteidigung nachzudenken, auch im Hinblick auf die Initiativen der neuen amerikanischen Präsidentschaft.
Die *rechtliche Natur* der Union und ihre *Grundlagen* angesichts ihrer aktuellen und zukünftigen Herausforderungen zu überdenken, ist daher nicht nur opportun, sondern notwendig.

15. März 2025

Die Frist für die Einreichung von Artikeln, die an redaktionell adressiert werden redazione.rivistapolitica@gmail.com, ist der **15. Oktober 2025**

Sprachen: Italienische, Englische, Französische, Deutsche, Spanische